

---

## **Im Ruhrgebiet entscheidet sich die Zukunft der Republik -**

Gespräch über die Lage und die Perspektiven des Ruhrgebiets mit Hansgünther Heyme, Dieter Kelp, Josef Krings, Friedrich Landwehrmann, Georg Rotthege, Wilfried Stockhaus und Fritz Ziegler\*

---

Hansgünther Heyme, geb. 1935, ist seit 1985 Schauspieldirektor in Essen. Davor liegen mehrere Theater-Stationen, zuletzt 6 Jahre am Staatstheater in Stuttgart. Er arbeitet in diesem Jahr - wie schon 1985 - wieder mit den Ruhrfestspielen zusammen.

Dieter Kelp, geb. 1937, ist evangelischer Pastor in Rheinhausen - und zwar seit 23 Jahren. In diese Zeit fallen eine ganze Reihe ökonomischer, sozial- und kulturpolitischer Krisen, an deren Bewältigung er beteiligt war.

Josef Krings, geb. 1926, ist seit 1975 sozialdemokratischer Oberbürgermeister von Duisburg. Er hat während seiner langen politischen Laufbahn seinen Beruf weiter ausgeübt - heute ist er Realschuldirektor in Mülheim.

Prof. Dr. Friedrich Landwehrmann, geb. 1934, ist Professor für Industrie-, Betriebs-, Regional- und Stadtsoziologie an der Universität Mainz. Er stammt aus dem Ruhrgebiet, hat in den sechziger/siebziger Jahren an der Ruhr-Universität gelehrt und sich intensiv wissenschaftlich mit dem Ruhrgebiet beschäftigt.

---

\* Das Gespräch fand am 19. Februar 1988 im Ruhrland-Museum in Essen statt. Von der Redaktion nahmen Hans O. Hemmer und Ingeborg Wahle-Homann daran teil.

Dr. Georg Rotthege, geb. 1951, ist Rechtsanwalt, Vorsitzender des Regionalkreises Niederrhein des Bundesverbandes Junger Unternehmer und Mitglied des Bundesvorstandes des Bundesverbandes Junger Unternehmer.

Wilfried Stockhaus, geb. 1931, ist seit 1987 stellvertretender Konzern-Betriebsratsvorsitzender bei Hoesch in Dortmund. Er ist gelernter Meß- und Regelmechaniker.

Fritz Ziegler, geb. 1933, ist seit 1981 Mitglied des Vorstands der Ruhrkohle AG. Er war vorher unter anderem als Leiter der Planungsgruppe im Arbeitsministerium des Landes NRW tätig und war Regierungspräsident in Arnsberg, der auch für das Ruhrgebiet zuständig ist.

Dr. Ulrich Borsdorf, Leiter des Ruhrlandmuseums, begrüßte die Teilnehmer: Der Ort, an dem Sie sich hier befinden, das Ruhrlandmuseum, ist dem Ruhrgebiet, also dem Thema Ihres Gesprächs, gewidmet: Einerseits wird hier die erdgeschichtliche Entwicklung des Rohstoffs veranschaulicht, dessen Gewinnung und Verwendung die Industrialisierung dieser Region zur Bedingung und Folge hatte. Andererseits zeigt dieses Museum die Lebensweise der Arbeiterschaft und den Lebensstil des Bürgertums um die Jahrhundertwende - beides aus dem Zusammenhang der Industriegeschichte von Kohle und Stahl heraus entwickelt. Dieses Museum ist nicht nostalgisch gemeint, sondern bietet offene Erklärungen für den Verlauf und die sozialen Auswirkungen des Prozesses der Hochindustrialisierung, der dieser Region und den Menschen ihren schweren Stempel aufdrückt, Lebenschancen geboten und Lebensnöte aufgezwungen hat. Gäbe es in der Geschichte so etwas wie eine intergenerationale Gerechtigkeit, so müßte eigentlich das ganze Land dieser Region die Schulden zurückzahlen, die es hier gemacht hat - Ökonomisch, ökologisch und sozial. Da unserer Gesellschaft diese Gerechtigkeit wesensfern ist, gibt es wenigstens dieses Museum. Die Region aber ist aufgefordert, aus sich heraus neue Dynamik zu entfalten, damit sie nicht selbst und insgesamt zum Museum wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen vor dem bildlichen Hintergrund der hier sichtbaren Geschichte ein interessantes und für das Ruhrgebiet ertragreiches Gespräch.

Frage: Sind die ökonomischen Potenzen des Ruhrgebietes, die die Industrialisierung Deutschlands im 19. Jahrhundert und den Wiederaufbau nach 1945 wesentlich mitgetragen haben, aufgebraucht?

Landwehrmann: Nein, denn Kohle ist ja noch da und Eisen und Stahl können produziert werden wie bisher. Allerdings wird das, was mit diesen Potenzen

geschaffen wird, weniger gebraucht. Das Ruhrgebiet ist entstanden, weil die Kohle zur wichtigsten Energiequelle für die Industrialisierung wurde. Dabei ist das Ruhrgebiet eigentlich bis heute stehengeblieben. Alle wirtschaftlichen Aktivitäten und Folgeaktivitäten bezogen sich letztlich auf die Kohle - bis hin zu der großen Verbundwirtschaft an der Ruhr mit all ihren ökonomischen Vorteilen. Jetzt kommt es darauf an, daß neue Potenzen entwickelt werden, beziehungsweise daß vorhandene Potenzen, zum Beispiel die Arbeitskräfte, so gefördert werden, daß sie der Nachfrage gerecht werden. Diese Situation stellt sich eigentlich für das Ruhrgebiet zum ersten Mal. Es hat relativ lange verhältnismäßig starr eine Monopolstellung eingenommen, das heißt die Umwelt hat sich geändert, während das Ruhrgebiet stabil geblieben ist. Es hat sich nicht, wie es Unternehmer normalerweise tun müssen, an eine gewandelte Umwelt und neue Märkte angepaßt. Vielleicht liegt es auch daran, daß im Ruhrgebiet notwendigerweise die Intelligenz des Ingenieurs vorherrschte, nicht die des Kaufmanns.

Entscheidend wird nun werden, ob das Ruhrgebiet selbst sich so wandern kann, daß es wieder Anschluß findet. Ich denke, daß es das mit Sicherheit kann. Fraglich ist nur wie und auf welchem Niveau. Die zweite Frage ist, ob es so viele neue Potenzen entwickeln kann, daß es im Wettbewerb mit anderen Regionen bestehen kann. Zusammengefaßt: Potenzen sind vorhanden, aber sie müssen sich ändern und sich neuen Bedingungen anpassen. Das Ruhrgebiet muß aus einer Monopolstellung in eine Wettbewerbssituation, in der es noch nie gewesen ist.

Werden denn Kohle und Stahl in einer „nachindustriellen“ Gesellschaft nicht mehr gebraucht?

Ziegler: Auch eine Gesellschaft, die neue Technologien als Basis der Produktion hat, eine Blaupausen-Gesellschaft sozusagen, die hochgradig innovativ ist, die neue Ideen und High-Tech exportiert, hat Grundbedürfnisse: Sie braucht Automobile, Häuser, Brücken, Straßen und so weiter. Deshalb werden die schwerindustriellen Wirtschaftszweige nach wie vor notwendig sein. Der Exportanteil der deutschen Stahlindustrie ist beispielsweise seit 10 Jahren gleich hoch. Sie ist eine der modernsten Stahlindustrien der Welt, hat sich von einer Massenindustrie hin zu einer Industrie entwickelt, die intelligente Produkte erzeugt. Obwohl sie hochgradig leistungsfähig ist, kann sie wegen der Subventionspolitik anderer Länder weltweit nicht konkurrieren. Die Situation des Bergbaus ist ganz anders, aber auch auf ihn bezogen kann die Aussage nicht stehen bleiben, er würde nicht mehr gebraucht. Etwa 50 Prozent des deutschen Energieverbrauchs werden durch das Mineralöl abgedeckt. In den nächsten Jahrzehnten werden die Vorräte an Mineralöl auf der ganzen Welt ausgeschöpft sein. Wir sehen also das Ende von Ressourcen ab und sagen dennoch, daß wir die hiesigen Lagerstätten nicht mehr brauchen. Nun könnte man versuchen, sich bei der Energieversorgung vom Import abhängig zu machen. Das ist allerdings für eine stark exportorientierte Wirtschaft wie unsere eine problematische Angelegenheit. Ganz gleich wie der Weg in die „postindu-

strielle" Gesellschaft aussehen mag - es muß eine Energiesicherungspolitik betrieben werden, und es muß auch eine Position für den Stahl gefunden werden. Ein Land ohne nennenswerte Rohstoffe wie die Bundesrepublik kann den beinahe einzigen Rohstoff, den es hat, die Kohle, von dem es hier etwa 3 Milliarden Tonnen abbauwürdiger Vorkommen gibt, nicht aufgeben. Es bedarf eines Konsenses, wie man mit diesem Guthaben umgehen soll.

Es ist das Wort von der „Monopolstellung“ gefallen. Hat sich auch die Politik zu sehr mit dieser Monopolsituation eingerichtet, hat sie den sich schon länger abzeichnenden Strukturwandel im Ruhrgebiet nicht genügend bedacht?

Krings: Angesichts solcher Fragen möchte ich am liebsten wie einstmalig Chruschtschow mit dem Schuh auf den Tisch schlagen - aus Verzweiflung. Wann haben denn die Fragesteller die richtigen Voraussagen getroffen? Die Philosophie der Großindustrie hier im Ruhrgebiet lief immer darauf hinaus, mehr Fläche zu besetzen und weniger Beschäftigte zu benötigen. Dagegen einzusteigen gab es keine Chance. Ich finde, daß die Politik insofern glänzend reagiert hat, als sie seit den sechziger Jahren viele Universitäten hier im Ruhrgebiet gegründet hat. Diese Universitäten erweisen sich zur Zeit als die wesentlichen Hoffnungsträger. Es war und ist allerdings nicht einfach, renommierte wissenschaftliche Einrichtungen ins Ruhrgebiet zu bekommen, viele siedeln sich lieber in reizvolleren Gefilden an. Dennoch sind inzwischen im Ruhrgebiet eine ganze Reihe von Technologieparks entstanden.

Zur Situation der Stahlindustrie: Hier hat die Politik in der Tat versagt. Bis heute gibt es keine nationale Stahlpolitik. Die deutsche Stahlindustrie läuft in Brüssel gegen die Pumpe. Falls die Vorstellung der EG-Kommission, die Quotenregelung nur noch bis Juni aufrechtzuerhalten und sie dann zugunsten einer Liberalisierung fallenzulassen, verwirklicht wird, wird das katastrophale Folgen für das Ruhrgebiet haben. Dann ist Rheinhausen tatsächlich überall.

Noch ein anderer Aspekt: Ich bin Vorsitzender des Bezirksplanungsrates, der sich mit der Zuordnung, Planung von Gewerbeflächen, Freiflächen, Industrie- und Gewerbeflächen beschäftigt. Ich mache das seit 8 Jahren - eigentlich völlig für die Katz. Denn eine Entscheidung wie die von Krupp, Rheinhausen stillzulegen, schafft die eigentlichen Fakten. Da kann ich als demokratisch gewählter und legitimer Politiker nur zuschauen.

Ich bin der Überzeugung, daß wir zur Bewältigung der Krise dieser Region vor allem auch Phantasie benötigen. Sollte man nicht alle phantasievollen, künstlerischen Potentiale, die es im Ruhrgebiet gibt, zusammenfassen? Ich denke zum Beispiel an eine Kunsthochschule. Als ich mit einem einflußreichen Parlamentarier der SPD über diese Idee sprach, war er sehr schnell bei der Frage nach C4- und C5-Professuren. Mir geht es aber darum, wie man Phantasie ins Ruhrgebiet bekommt. Auf diesem Feld sehe ich schon Versäumnisse der Politik, während ich generell zusammenfassen möchte, daß die Einwirkungsmöglichkeiten von Politik doch sehr begrenzt sind.

### Phantasie statt Schwerindustrie - ist das die Lösung für das Ruhrgebiet?

Heyme: Die Schwerindustrie braucht ebenso Phantasie wie die Kunst. Wir haben in unserer Demokratie bisher nicht begriffen, wie sehr die Dinge voneinander abhängen. Zu Kommunen gehören Theater, Oper, Ballett. Sie machen die Städte erst unterscheidbar. Es ist richtig, daß Hochschulen angesiedelt worden sind, aber sie sind noch nicht zu Universitäten gereift. Insofern leiden wir noch heute unter dem Verbot Kaiser Wilhelms II., im Ruhrgebiet institutionell zu denken, zu forschen und zu lehren.

Andererseits muß man sehen, daß die Kommunen in der aktuellen ökonomischen Situation nicht mehr genug eigene Kraft haben, die urbane Kultur zu finanzieren. Die künstlerische Phantasie ist ohne Ökonomie und ohne Stützung durch die demokratische Gesellschaft, die sich verpflichtet hat, die Kunst zu pflegen, nicht denkbar. Was dies betrifft, so muß man wegen der tiefen Strukturkrise im Ruhrgebiet gegenwärtig von einer absoluten Katastrophe sprechen. Die Arbeitsplatzsituation im Bereich Kunst und Kultur ist sicherlich nicht mit der in Rheinhausen zu vergleichen, aber die Dinge hängen dennoch unmittelbar zusammen. Wir Theaterleute müssen uns zum Vorwurf machen, daß wir es in den letzten Jahren nicht verstanden haben, so etwas wie eine Lobby für die Kultur zustandezubringen. Es gibt ebenfalls Versäumnisse der Parteien. Die CDU hat ein traditionell konservatives Verhältnis zur Kultur, zur Pflege der schönen Künste; die SPD hingegen hat ein eher armes und operettiges Verhältnis dazu. Mir ist dieses ungepflegte und verpickelte Verhältnis letzten Endes lieber als dieses falsche konservative Traditionsverhältnis. Aber dessen ungeachtet tun sich beide Parteien schwer, etwas für die Kunst und die Kultur zu bewirken. Dies hängt teilweise auch mit den außerordentlich komplizierten Verteilungsverhältnissen zwischen den reichen und den armen Bundesländern und zwischen den einzelnen Kommunen zusammen. Im Grunde sind wir froh, daß die Städte hier im Ruhrgebiet - anders als in Bayern oder in Baden-Württemberg - ihre Kulturhoheit nicht zugunsten von starken Subventionszwängen aufgegeben haben. Das hat allerdings in Zeiten der Not auch riesige Nachteile. Die Stadt Essen beispielsweise wäre durchaus bereit, höhere Schulden auf sich zu nehmen. Doch wegen der Auflagen des Regierungspräsidenten darf sie dies nicht.

Eine Gruppe von Theaterintendanten des Ruhrgebietes hat daher die Forderung aufgestellt, Ausgaben für kulturelle Zwecke im Finanzhaushalt der Städte als Pflichtabgaben auszuweisen - ähnlich wie Abgaben zur Sicherstellung der Müllabfuhr, Stadtreinigung und Unterbringung von Asylanten. Damit käme man weg von dem derzeitigen Verschiebeparkplatz von Kosten und Belastungen in den städtischen Haushalten. Daher begrüße ich die Initiative der SPD-Fraktion im Landtag, die Städte zu verpflichten, 6 Prozent der Schlüsselzuweisungen des Landes für Kulturaufgaben einzusetzen - aber trotzdem bin ich, obwohl ich diese Initiative mit in Gang gesetzt habe, eher skeptisch, ob sie wirklich Erfolg haben wird. Im übrigen glaube ich auch nicht recht daran, daß das Land Nordrhein-Westfalen aus seiner Schlußstellung in

Sachen Kulturausgaben herauskommt - so wie es der Deutsche Städtetag fordert. Wir befinden uns in einem regelrechten Teufelskreis.

Dennoch ist daran zu erinnern, daß viele Untersuchungen bewiesen haben, daß das Kulturleben einer Stadt ökonomische Folgen nach sich zieht - zum Beispiel Übernachtungen, Gastronomie - aber auch Imagegewinne. Das sollten nicht zuletzt auch die führenden Personen der Industrie mit in ihr Kalkül einbeziehen. Neben diesen unmittelbaren ökonomischen Zusammenhängen ist zu beachten, daß die Kunst in einer Gesellschaft, in der es immer mehr Freizeit gibt, von eminenter eigenständiger Bedeutung ist. Das scheint mir gerade von der SPD bisher nicht begriffen worden zu sein.

Ist das Ruhrgebiet eine künstlerische und intellektuelle Diaspora geblieben?

Heyme: Der Verkaufswert liegt in Köln oder Düsseldorf, etwa was die Malerei angeht, sehr viel höher. Hier im Ruhrgebiet kauft die Schickeria nicht, sie läßt sich ihre Hemden in Düsseldorf waschen und geht auch dort zum Friseur. Auch ins Theater geht man eben dorthin. Das muß sich ändern. Denn die Identifizierung mit der Region, ihren Problemen und ihren Menschen ist von großer Wichtigkeit: Ich bin davon überzeugt, daß sich im Ruhrgebiet die Zukunft dieser Republik entscheidet, nicht in Bayern oder sonstwo. Wie es mit der Bundesrepublik weitergeht, was wir mit ihr in den nächsten Jahrzehnten anfangen können, darüber wird hier an der Ruhr entschieden. Ich jedenfalls sehne mich nicht nach Baden-Württemberg zurück.

Sind die Unternehmer auch der Meinung, daß sich die Zukunft der Republik hier entscheidet? Zur Zeit investieren sie wohl lieber andernorts und schaffen andernorts Zukunftsstrukturen. Ziehen sich die, die über Jahre und Jahrzehnte an der Ruhr gut verdient haben, aus ihrer Verantwortung zurück?

Rotthege: In der Tat geht der Trend im Moment eher nach Süden als nach Norden. Davon ist nicht nur Nordrhein-Westfalen betroffen, sondern alle nördlichen Bundesländer. Einer der Gründe mag darin liegen, daß sich in anderen Bundesländern ein günstigeres Investitionsklima entwickelt hat. Hierbei spielen viele Faktoren eine Rolle, die man zum Teil nur schwer greifen kann. Oft wird das Beispiel genannt, daß ein investitionsfreudiger Unternehmer in Baden-Württemberg von der Blaskapelle abgeholt werde, während er hier im Ruhrgebiet lange suchen müsse, bevor er überhaupt die zuständigen Stellen gefunden habe, die seine Pläne absegnen können. Das Bild ist sicherlich überzeichnet, aber ein Quentchen Wahrheit scheint daran zu sein. Ich möchte bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß einzelne Unternehmen, wie etwa Nixdorf und Thyssen, in den letzten Tagen ihre Investitionsbereitschaft gerade auch in Duisburg signifikant unter Beweis gestellt haben. Manchmal ist der Vorzeigewert solcher Bemühungen größer als die Höhe der Investition selbst. Ich halte es für äußerst wichtig, daß Unternehmen gerade in dieser Zeit herkommen und demonstrieren, daß sie bereit sind, etwas zu tun. Diese Region darf nicht ins Gerede kommen. Ihr Image darf nicht negativer werden, als es die Realität

ist. Es gibt zahlreiche Ansätze, hier innovativ tätig zu werden, und ich möchte ausdrücklich unterstreichen, daß in dieser Beziehung Phantasie nicht nur am Platze, sondern gefordert ist. Das größte Investitionspotential im Ruhrgebiet sind zweifellos die hier lebenden Menschen. Durch die verfehlte Subventionspolitik der letzten Jahre sind aber viele gar nicht darauf gekommen, daß sich das Umfeld ihrer Arbeitsplätze erheblich verändert hat. Sie stehen plötzlich vor der Notwendigkeit, sich umschulen lassen zu müssen oder sehr viel mehr Kilometer zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zurücklegen zu müssen. Eine große Zahl mobiler, motivierter und gut ausgebildeter Arbeitskräfte ist die größte Stütze für einen Aufschwung hier im Revier.

Oft wird gesagt, daß im Ruhrgebiet die Löhne höher lägen als in anderen Gebieten der Bundesrepublik, vor allem im Süden. Dieses ist sicherlich *eine* Erklärung dafür, daß im Süden lieber investiert wird als hier. Der investitionsfreudige Unternehmer geht nun einmal dahin, wo die Löhne bei im übrigen gleichen Standortbedingungen niedrig sind. Die Tarifpolitik ist das Gebiet mit einer Vielzahl von Möglichkeiten für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, die einzelnen Regionen unmittelbar zugute kommen könnten. Nach wie vor werden Tarifverträge ausgehandelt, die flächendeckend gelten - für das Ruhrgebiet ebenso wie für Baden-Württemberg, für die Werftindustrie ebenso wie für florierende Unternehmen. Künftig sollten Tarifverträge ausgehandelt werden, die den konkreten Situationen des einzelnen Betriebes angemessener als bisher Rechnung tragen können.

Was sagt der Betriebsrat dazu?

Stockhaus: Gerade was die Tarifpolitik angeht, so haben die Arbeitnehmer bisher schon erhebliche Vorleistungen erbracht. Die Arbeitgeber scheinen unersättlich zu sein. Ganz gleich was bei den Tarifverhandlungen im Stahlbereich herauskommen wird - die Forderungen liegen bei 5 Prozent und 35-Stunden-Woche -, schon jetzt ist klar, daß das Ergebnis unter dem liegen wird, was in anderen Metallbereichen bereits erzielt worden ist. Diese Situation haben wir seit Beginn der Stahlkrise 1974/75: Die Arbeitnehmer im Stahlbereich haben seitdem immer weniger erzielt als diejenigen in der übrigen Metallindustrie. Deshalb kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, daß im Süden der Republik geringere Löhne bezahlt werden als hier - zumal im Süden durchaus gut verdienende Automobilunternehmen, High-tech-Firmen und ähnliches angesiedelt sind. Der Beitrag der Arbeitnehmer, was die Tarifpolitik angeht, ist also bereits geleistet worden. Ihre Vorleistungen gehen allerdings noch weit darüber hinaus. Ich möchte einmal an einigen wenigen Zahlen deutlich machen, was die Arbeitnehmer im Ruhrgebiet zur Bewältigung der Krise bisher schon getan haben.

Seit 1979 ist die Belegschaft von Hoesch in Dortmund mehr als halbiert worden. In diesem Unternehmen gab es seitdem mehr als 10 000 Umsetzungen; viele Arbeitnehmer sind in dieser Zeit sogar mehrfach umgesetzt

worden. Das Unternehmen konnte sich in seiner Struktur grundlegend verändern. Die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften haben zu diesem Strukturwandel beigetragen. Dies halte ich für eine großartige Leistung.

In der Vergangenheit ist es vielfach so gewesen, daß die Unternehmen verhindert haben, daß andere Firmen sich in „ihren“ Städten ansiedeln konnten. Die Unternehmen haben die Städte und die Regionen beherrscht. Insofern ist die Forderung, sich mobil und innovativ zu zeigen, an andere zu richten als an die Arbeitnehmer. Sie muß an diejenigen gerichtet werden, die diese Krise verursacht haben.

Eigentlich müßte hier auch ein Vertreter der Bundesregierung sitzen. Ihm wäre die Frage zu stellen, ob denn diese Regierung die nationalen Möglichkeiten überhaupt ausgeschöpft hat, sich für die Region einzusetzen. Wenn eine Tonne Stahl im Ausland mit 150 bis 250 DM subventioniert wird, dann muß doch die Frage erlaubt sein, ob Wettbewerbsfähigkeit überhaupt noch gewährleistet ist. Ist es nicht so, daß weder für die Kohle noch für den Stahl die nationale Verantwortung hinreichend wahrgenommen wird? Die ständigen Vorwürfe an Arbeitnehmer und Gewerkschaften halte ich für Ablenkungsmanöver.

Es ist viel von der Immobilität der Arbeitnehmer die Rede, die Wandlungsprozesse behindere. Ist diese Unbeweglichkeit im Hinblick etwa auf den konkreten Fall Rheinhausen tatsächlich greifbar?

Kelp: Die Thesen von der neuen Mobilität haben für mich etwas Inhumanes. Es scheint so, als hätte man sich amerikanische Zustände zum Vorbild genommen, wo Arbeitnehmer im Wohnmobil hausen und dorthin reisen, wo Arbeit angeboten wird. Die Arbeitsverhältnisse dort sind leicht kündbar und schnell wieder aufzulösen. Unser Ziel kann das nicht sein - auch nicht das Ziel von denkenden Unternehmern. Krupp hat sich vor nunmehr 90 Jahren gerade deshalb in Rheinhausen niedergelassen, weil er dort eine besonders bodenständige Bevölkerung vorfand. Seine Philosophie lautete: In Treue fest - erst zu Krupp und dann zum Kaiser. Die Belegschaft war also in einem hohen Maße stabil und dem Unternehmen aufs engste verbunden. Außerdem waren die Menschen dort relativ anspruchslos, das heißt sie produzierten kostengünstig. Mit anderen Worten: Genau das, was heute beklagt wird, war damals Idee.

Eine gewisse größere Mobilität ist heute bei intelligenteren Berufen schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Mitunter ist sie auch erforderlich. Allerdings würde eine Mobilität in größerem Ausmaß nicht nur das Schulsystem und die Familien durcheinanderbringen, auch die soziale Infrastruktur würde auf eine harte Probe gestellt.

Das Ruhrgebiet scheint mir eine Region zu sein, die nach wie vor von der Konzeption jener „Barone“ des vergangenen Jahrhunderts geprägt ist, die große Mengen von Arbeitnehmern bewegt hat, aber im Grunde keine Infrastruktur brauchte - weder Hochschulen noch Theater noch Regierungsbezirke. Jetzt,



nach 100 Jahren, wo diese Form frühindustrieller Massenbeschäftigung nachläßt und intelligentere Beschäftigungsformen notwendig werden, macht man auf einmal den Arbeitnehmern zum Vorwurf, sie seien für diesen Wandel nicht gerüstet. Das ist eine völlige Verkehrung, eine unzulässige Umdrehung der Zusammenhänge. Der Arbeitnehmer leistet qualifizierte Arbeit an seinem Arbeitsplatz. Daß nun die Strukturen dem, der ihn angestellt hat, im Wege stehen, hat nicht der Arbeitnehmer zu verantworten. Aus diesem Grunde halte ich es auch nicht für besonders sinnvoll zu verlangen, ein besseres Investitionsklima zu schaffen. Was wir brauchen ist eine andere Politik, die dem ausschließlichen Wirken des Geldes als „nervus rerum“ entgegenwirkt. Ich kann es einfach nicht mehr hören, wenn man den Arbeitnehmern hier vorhält, daß die Investitionsbedingungen in anderen Teilen Deutschlands besser seien als hier. Irgendwann muß man auch nach den Grundbedürfnissen der Menschen fragen dürfen. Es kommt dann oft der verschämte Hinweis, daß niemand ins „Bergfreie“ falle. Was aber bedeutet es denn für den einzelnen, wenn er unter verschlechterten Bedingungen weiterarbeiten muß, wenn er weniger verdient, wenn er frühpensioniert wird, wenn er seine Kinder womöglich in den Süden zur Ausbildung schicken muß? Eine Gesellschaft, die an solchen Problemen nicht interessiert ist, ist meines Erachtens unfähig, die Herausforderungen der Zukunft - gleichgültig, welche es sein werden - zu bestehen.

Wie steht es mit der Verantwortung der Unternehmer für diese Lage? Und: Ist die Mobilisierung der Arbeitnehmer - so wie sie gerade als amerikanisches Beispiel skizziert worden ist - ein erstrebenswertes Ziel?

Rotthege: Ich möchte nicht zur Polarisierung beitragen, mir geht es auch nicht um Schuldzuweisungen. Im Gegensatz zu Herrn Kelp hatte ich weniger in die Vergangenheit geschaut, sondern mich bemüht, in die Zukunft zu blicken. Wir müssen die aktuelle Situation bewältigen. Dabei kann ich nicht danach fragen, welche Leistung die eine oder andere Seite bereits erbracht hat. Wir brauchen konkrete Vorschläge, beispielsweise Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, die ganz gezielt für Rheinhausen Sonderregelungen zulassen. Man könnte dann solche Arbeitnehmer in Niedriglohngruppen beschäftigen, die heute keine Arbeit bekommen. Ihnen könnte durch niedrigere Eingangsstufen der Weg zurück ins Arbeitsleben ermöglicht werden. Das ist besser, als gar keine Arbeit zu haben.

Stockhaus: Noch vor einiger Zeit haben die Arbeitgeberverbände bundeseinheitliche Tarifverträge bevorzugt, um auf diese Weise die Gewerkschaften in die Knie zwingen zu können, ja sie sogar streikunfähig zu machen. Die neuere Version, die Sie hier bieten, scheint dahin zu gehen, daß man die schwächeren Bereiche herauslöst, um für sie eigene Tarifabschlüsse zu tätigen. Damit wäre Tür und Tor für eine Differenzierung geöffnet. Das hätte auch unabsehbare Folgen für die Kaufkraft, an deren Erhalt ja eigentlich auch die Arbeitgeber interessiert sein müßten. Wir sollten nicht bestimmte Regionen zu Armehäusern der Republik machen.

Ziegler: Ich möchte noch einmal auf das Thema Mobilität zurückkommen und einige Fakten beisteuern: Die Ruhrkohle AG ist vor 17 Jahren aus 26 Altgesellschaften gegründet worden. Damals haben die Unternehmen insofern Mobilität bewiesen, als sie die Gelegenheit genutzt haben, ein neues großes Unternehmen zu gründen. Bei ihrer Gründung verfügte die Ruhrkohle über 52 Schachtanlagen beziehungsweise Standorte. Dazu kamen 29 Kokereien. Heute gibt es noch 21 Schachtanlagen, das heißt 31 Standorte sind aufgegeben worden. Von den 29 Kokereien sind 21 geschlossen worden. Alles in allem sind in dieser Zeit also mehr als 50 Standorte aufgegeben worden und damit auch über 50 Wohnsiedlungsbereiche. Heute unterhält die Ruhrkohle AG 186 000 Wohnungen - jede zehnte Wohnung im Ruhrgebiet - und schafft damit die Grundvoraussetzung für Mobilität. In 17 Jahren wurden genau 90 600 zwischenbetriebliche Verlegungen vorgenommen. Es sind Arbeitnehmer dabei, die im Laufes ihres Arbeitslebens viermal von einem Standort zu einem anderen verlegt wurden.

Die Verkehrsbetriebe von Kamen und Lünen, zwei Mittelstädte am Rande des Reviers, unterhalten zur Zeit 81 Buslinien und befördern täglich 4 500 Fahrgäste. Insgesamt betreibt die Ruhrkohle AG zur Zeit 184 Buslinien und befördert 15 000 Fahrgäste pro Tag. Die Fahrleistungen dieses einzelnen Unternehmens entsprechen den Fahrleistungen einer Stadt wie Hamm bei mittlerem Verkehrsaufkommen. Diese 15 000 Menschen müssen teilweise quer durch das Revier gebracht werden - die ersten Buslinien fahren in Dortmund gegen 4 Uhr morgens ab. Die Arbeitnehmer, die dort mitfahren, sind etwa um 16 Uhr nachmittags wieder zu Hause. Diese Anstrengungen nehmen Arbeitnehmer auf sich, die härteste Arbeit verrichten; deren Risiko, eine Berufskrankheit zu erleiden, 35mal so hoch ist wie in anderen Berufen; die unter Tage Staub und Lärm ausgesetzt sind. Das Gerede von der immobilen Gesellschaft ist also ein Märchen. Wer morgens früh um 6 Uhr durch das Revier fährt, der sieht, daß das Revier auf den Beinen ist. In München und in Stuttgart kommt man morgens früh um sechs noch gut durch, um die gleiche Zeit durch Dortmund zu fahren, ist schon bedeutend schwieriger.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch gegen die Rede von den hier nicht stattfindenden Investitionen wenden. Vergleicht man regional die Investitionen, stellt man fest, daß im Ruhrgebiet genauso viel investiert wird wie anderswo. Hier wird vielleicht anders investiert. Aber ist denn die Investition, die zur Erhaltung eines Arbeitsplatzes führt, schlechter als die, die zur Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes führt? Die gesamte deutsche Stahlindustrie ist in den letzten 30 Jahren vollständig umgekrempelt worden. Sie stellt heute ganz andere Produkte her und hat ein ganz anderes Gesicht angenommen. All dies war nur durch gewaltige Investitionen möglich. Die Ruhrkohle AG investiert in jedem Jahr 2 Milliarden DM in dieser Region. Wir kaufen an jedem Arbeitstag für 30 Millionen DM ein. Auch das bezieht sich zu 95 Prozent auf diese Region hier. Davon lebt eine ganze Industrie.

Schließlich ein Wort zu den Subventionen, an die man sich angeblich gewöhnt

habe: Wer wird denn subventioniert? Etwa die Kohle? Soweit sie in die Stahlindustrie geht, wird sie zum Selbstkostenpreis abgenommen. Wenn man das nicht mehr will, muß man es sagen. Es handelt sich dabei um eine landesplanerische, staatliche Vorgabe. Wenn man das aber will, wenn man auf eine gewisse Sicherheit durch einheimische Kohle setzt, dann darf man sich nicht darüber beklagen, wenn das Kosten nach sich zieht. Genau wie sich der Staat die Bundeswehr leistet, gibt er dafür etwas aus, den Abbau dieses Rohstoffs weiter betreiben zu können. Wenn man sich natürlich entscheidet, Kohle ausschließlich aus Südafrika, Polen, Australien zu importieren, dann könnte diese Art der Hilfestellung entfallen. Das aber ist eine grundsätzliche politische Entscheidung.

Die deutsche Stahlindustrie wird überhaupt nicht subventioniert. Es ist ja gerade ihr Dilemma, daß sie gegen die Produkte, die hoch subventioniert sind, ankonkurrieren muß. Die Subventionen in diese Region sind eher gering zu veranschlagen. Wenn ich Subventionen als staatliche Hilfe für die Industrie definiere, dann sind die Mittel, die allein zum Beispiel Siemens erhält, höher als all das, was der Stahl und die Kohle bekommen. Für Forschung, Entwicklung und Rüstung und ähnliches - sicher alles wichtige Bereiche - werden erheblich mehr Mittel aufgewandt. Die Rüstungsindustrie, die einst an Rhein und Ruhr gegessen hat, ist heutzutage im Bereich München angesiedelt. Hängt damit das Investitionsklima zusammen, von dem hier die Rede war?

Und noch eine kurze Bemerkung zu den „Stahlbaronen“: Wir sollten derartige Begriffe nicht immer wieder hervorgraben. Die Manager in den Unternehmen hier an Rhein und Ruhr arbeiten durchweg in mitbestimmten Betrieben. Wenn der Strukturwandel bisher so reibungslos funktioniert hat, ist das ein großartiger Erfolg gerade dieser Mitbestimmung. Wenn man sich andere klassische Industrieregionen, etwa Liverpool, die Borinage, Lothringen ansieht, dann erkennt man, daß sie den Strukturwandel nicht vollzogen haben. Dagegen ist das, was hier im Ruhrgebiet geschehen ist und geschieht, geradezu vorbildlich zu nennen - auch dank der Mitbestimmung.

Kelp: Man sollte die Mitbestimmung nicht überfrachten. Sie hat sicherlich insofern zum Wandel beigetragen als sie ihn weitgehend sozialverträglich gestaltete. Allerdings glaube ich, daß die mitbestimmte Industrie ihre zentralen unternehmerischen Entscheidungen nicht anders trifft als die nicht-mitbestimmte: das Beispiel Rheinhausen spricht zumindest dafür. Hier entschied sich die Mehrheit des Aufsichtsrates für ein Stilllegungskonzept gegen den vehementen Widerstand der Arbeitnehmervertreter. Gegen derartig eindeutige Mehrheiten kann Mitbestimmung nichts ausrichten.

Heyme: Das Widerstandspotential, das sich zur Zeit im Ruhrgebiet organisiert und seine Forderungen formuliert, ist für die ganze Republik von großer Bedeutung. Auch in Bayern kann nicht mehr in Ruhe produziert werden, wenn hier oben der Teufel los ist. Wenn Brücken und Autobahnen blockiert werden und der Innenminister genötigt ist, zwei Augen zuzudrücken, kommt das gel-

tende Rechtssystem ganz schön ins Wackeln. Dieser Staat betrachtet sich im Verhältnis zur DDR ja immer noch als der menschlichere. Daraus folgt allerdings, daß er sich wieder verstärkt dem einzelnen zuwenden müßte. Geschieht das nicht, könnte es in absehbarer Zeit derart krachen, daß selbst die Bayern in ihrer Ruhe gestört werden. Ich halte es für ganz unverzichtbar, daß sich die Unternehmer mit dem Brandherd Ruhrgebiet beschäftigen, bevor das gesamte Gefüge außer Kontrolle gerät.

Krings: Es muß in der Tat die Frage gestellt werden, ob es bei den Arbeitgebern genügend Sensibilität für die Sorgen und Nöte der Menschen im Ruhrgebiet gibt. Ich habe festgestellt, daß ein Arbeitgeber mir die Frage nicht beantworten konnte, wieviel Arbeitsplätze durch eine bestimmte Investition geschaffen werden beziehungsweise eventuell auch verlorengehen könnten. Ich finde es problematisch, wenn in dieser Kategorie nicht gedacht wird. Ein anderes Beispiel: In Gesprächsrunden mit Unternehmern aus dem Bereich Schifffahrt zeigen sich immer wieder weiterführende Ansätze. Sie sind zwar alle Konkurrenten untereinander, aber es herrscht doch Offenheit. Diese konstruktive Gesprächssituation vermisste ich bei den Arbeitgebern aus dem Stahl- und Eisenbereich.

Ein weiteres Thema: Auf die Frage, ob man als Politiker in Staatshandelsländern, etwa in China oder in der UdSSR, die Türen öffnen sollte, bekommt man ausweichende Antworten. Dabei könnten wir durchaus versuchen, zum Beispiel unsere Städtepartnerschaften zu nützen, um Kooperationen einzugehen, gerade angesichts von Wirtschaftsreformen und Perestrojka. In diesem Zusammenhang sei eine Frage an die Landesregierung gestellt: Warum verhält sich Johannes Rau, wenn er in die Sowjetunion fährt, nicht wie Lothar Späth, der bei seinen Besuchen dort wechselweise das Stuttgarter Ballett und Stuttgarter Unternehmer im Flugzeug mit sich führt? Damit bin ich beim Thema Kultur: Ich vermisste in Nordrhein-Westfalen kulturelles Gespür und Sensibilität für Traditionen. Das mag an der Ruhrgebiets-SPD liegen, von der ich den Eindruck habe, daß bei ihr der Weg vom Arbeiter zum Bürger über den Spießbürger verläuft.

Landwehrmann: Die Art und Weise wie sich Politiker, Unternehmer und Arbeitnehmer hier entwickelt haben, ist das Problem dieser Region. Sie haben sich 100 Jahre lang nach statischen, konservativen Bedingungen ausgerichtet und sind bislang gut damit zurechtgekommen. Trotz gelegentlicher brutaler Streiks sind Unternehmer und Gewerkschaften im Ruhrgebiet unter Kartell- und Syndikatsbedingungen im Prinzip gut miteinander ausgekommen: Der eine bekam seinen Gewinn, der andere bekam seinen Lohn. Und wenn man sich nicht einigen konnte, paßte der Staat auf. Ich bleibe dabei, daß das entscheidende Problem für die Zukunft des Ruhrgebietes die Mobilität ist. Hunderttausende haben diese Gegend in den letzten 20 Jahren bereits verlassen, so daß ein Teil der mobilen, unternehmungslustigen, leistungsbezogenen und anpassungsfähigen Arbeitnehmer bereits weg ist. Dies ist ein gewaltiger Aderlaß, ein qualitatives Ausbluten für das mit qualifizierten Arbeitskräften

nie verwöhnte Ruhrgebiet. Für das Ruhrgebiet besteht die große Gefahr der Überalterung: ältere, schlechter qualifizierte Arbeitskräfte, die für innovative Bereiche nicht mehr in Frage kommen, bleiben hier. Diese enge Verflechtung zwischen Arbeitnehmern, Unternehmern und Politikern, die jahrzehntlang erfolgreich war, kommt nun an ihre Grenzen. Die starken und kampfkraftigen Gewerkschaften versuchen, gerade in dieser Region nach bewährtem Muster Einbrüche in neue Leistungen durchzusetzen. Bedenken sie dabei auch, wie sehr sie der Region damit schaden können? Sie müßten sich auch fragen, warum die Unternehmer lieber im Süden investieren. Sie tun es, weil weniger Bedingungen gestellt werden und es dort keine Standortmonopole gibt. Die Tatsache zum Beispiel, daß der Betriebsrat einer Übersiedlung zustimmen muß, kann dazu führen, daß sich ein Unternehmen lieber anderswo ansiedelt nämlich dort, wo das nicht nötig ist.

Alles in allem sind die Ursachen für die Misere des Ruhrgebietes vielfältig, manche hegen auch schon weit zurück. Bereits 1920 haben Wissenschaftler darüber geklagt, daß der gesamte elektrotechnische Durchbruch am Ruhrgebiet vorbeigegangen sei. Es gab keine großen Firmen der Elektrotechnik im Ruhrgebiet. Man setzte eben weiterhin ganz auf Kohle und Stahl und tat nichts, um die Monostruktur des Ruhrgebiets zu ändern.

Stockhaus: Es ist nicht so, daß im Ruhrgebiet nicht erheblich investiert würde. Mit zum Teil millionen- und milliardenschweren Investitionen werden zwar moderne Technologien installiert, aber es werden eben auch mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert als neue geschaffen. So hat die Investition für eine hochmoderne Anlage bei Hoesch zum Beispiel 48 neue Arbeitsplätze gebracht, dafür aber ungefähr 1 000 beseitigt.

Entscheidend für eine andere Politik, wie sie hier auch schon gefordert worden ist, scheint mir zu sein, daß gezielt etwas für die Arbeitsmärkte dort getan wird, wo es notwendig ist. Es ist zum Beispiel wenig sinnvoll, daß in Wackersdorf - in der Nähe von Sulzbach-Rosenberg, wo die Max-Hütte stillgelegt wird - zwar für die Wiederaufbereitungsanlage ca. 1 000 Arbeitsplätze erforderlich sind, daß diese aber mit Spezialisten aus der ganzen Bundesrepublik besetzt werden müssen, nicht etwa mit dem Arbeitskräftepotential, das in der Region ansässig ist. Ich will also sagen, daß die Investitionen gelenkt werden müßten - auch wenn ich weiß, daß das sicher Widerspruch hervorruft.

Ein anderes Beispiel: Mercedes Benz will eine Teststrecke bauen. Dafür sollen nun ganze Landschaften zerstört werden. Ich frage mich, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, so etwas auf einer Industriebrache anzusiedeln, beispielsweise in Duisburg oder in Dortmund. Es sollte verstärkt dort investiert werden, wo es den Menschen nutzt.

Krings: Auch ich bin der Auffassung, daß die Umstrukturierung sehr wohl vorankommt. Überall entstehen Technologieparks. Es werden auch wissenschaftliche Institute angesiedelt. In der Nähe der Duisburger Universität hat sich zum Beispiel das Fraunhofer-Institut für Meß- und Mikroelektronik niederge-

lassen. Das ist übrigens in sehr enger Abstimmung mit Dortmund geschehen. Der Oberbürgermeister von Dortmund, Günter Samtlebe, und ich waren uns einig, daß es entscheidend ist, daß solche Institute überhaupt ins Ruhrgebiet kommen. Es ist also eine Legende, daß wir uns die Dinge gegenseitig abjagten. Schwierig wurde es erst, als es darum ging, einen Wissenschaftler zu finden, der hier ins Ruhrgebiet kommen wollte. Der erste Kandidat wurde von Baden-Württemberg abgeworben, gekommen ist dann ein Dortmunder - Professor Zimmer, ein Glücksfall für uns. Dieses Fraunhofer-Institut ist nach drei Jahren das erfolgreichste Fraunhofer-Institut in der ganzen Bundesrepublik.

Bereitschaft und Initiative zur Umstrukturierung sind da. Aber die Größenordnung der Struktureinbrüche, wie wir sie zur Zeit haben, ist damit nicht zu bewältigen. Angesichts von Rheinhausen funktionieren solche Mechanismen nicht mehr. Es kommt hinzu, daß sich die Arbeitnehmer dort betrogen fühlen, und die Journalisten sind zusätzlich darauf eingestiegen, weil die Moral auf der Seite der Arbeiter ist. Manfred Bruckschen, der Betriebsrats-Vorsitzende von Rheinhausen, steht für diese Moral: Der kleine Mann ist wieder einmal getreten worden. Das bestimmt das Klima.

Es war die Rede vom Korporatismus, also von der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Politik und Gewerkschaften. Dieses Modell hat eigentlich das Ruhrgebiet über Jahrzehnte beherrscht, man denke an die erste Kohlenkrise und an manch andere ernste Situation danach. Ist dieses Modell angesichts der Größenordnung dieser neuen Krise veraltet oder muß man nicht auf jeden Fall daran festhalten? Und was würde passieren, wenn diese Art von Zusammenarbeit nicht mehr funktionieren sollte? Treten dann konfliktorische Interessenausgleiche an die Stelle?

Krings: Ist vielleicht das Bürgerkomitee die neue Form der Interessenvertretung?

Ziegler: Ich bin froh darüber, daß in dieser Region das Zusammenwirken von Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und anderen gestaltenden Kräften so gut funktionierte und funktioniert. Nach meiner Auffassung gehen die Vorwürfe, daß etwas anderes hätte getan werden müssen, in die Leere. Dieses Revier hat in der Tat versucht, sich ununterbrochen selbst zu helfen - mehr als jede andere Region der Welt.

Wenn die Behinderungen, die vom Zusammenwirken der eben genannten Kräfte angeblich ausgehen, tatsächlich so groß wären, stellt sich doch die Frage, warum die Lage in Liverpool so schlecht ist. Dort gibt es nämlich diese Zusammenarbeit nicht, es herrscht vielmehr eine sehr liberale Auffassung von Siedlungs- und Ansiedlungspolitik. Und wieso funktioniert es zum Beispiel auch in der Borinage in Belgien nicht? Dort wurde der Industriebesatz radikal und ersatzlos abgeräumt. Nicht viel anders war es in Lothringen. Zieht man das alles zum Vergleich heran, so steht das Ruhrgebiet gut da. Die zahlreichen bewältigten Zechenschließungen beweisen, daß sich dieser Strukturwandlungsprozeß in einer beachtlichen Form vollzogen hat.

Ich nenne ein Beispiel für die Größenordnung der Probleme: 1979 ist der Ruhrkohle der Auftrag gegeben worden, dafür zu sorgen, daß bis 1990 90 Millionen Tonnen Kohle gefördert werden könnten. Wir haben daraufhin ein gewaltiges Industrieprogramm aufgelegt, es wurden Milliarden investiert. Es wurden 26 neue Schächte abgeteuft, jeder Schacht kostete über 80 Millionen DM. Wir haben also in großem Umfang heimische Energiesicherungspolitik betrieben. Drei Jahre später, 1982, gab es den ersten Einbruch in der Stahlindustrie. Da hat man gesagt, man müsse nun die Belegschaft zurückfahren. Wie soll ein Industrieviertel auf solche Vorgabe reagieren? Wenn man staatlichen Instanzen die Frage stellt, was sie denn eigentlich von diesem Revier erwarten, dann erhält man in der Regel Antworten, mit denen man praktisch nicht sehr viel weiterkommt. Umstrukturierung, Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben - das alles mag gut und richtig sein, aber es ist meist viel zu allgemein formuliert und oft auch noch an den falschen Adressaten gerichtet. Wie sollen zum Beispiel Vertreter der Großindustrie dafür sorgen, daß hier mehr Klein- und Mittelbetriebe angesiedelt werden?

An dieser Stelle möchte ich auch die Mitbestimmung noch einmal etwas genauer beleuchten. Es ist sinngemäß gesagt worden, sie habe bestenfalls korrigieren und Entwicklungen sozialverträglich gestalten können. Die Mitbestimmung hat durchaus auch Entscheidungen mitgeprägt. Ich will das am Beispiel der Ruhrkohle klarmachen. Ich habe bereits erwähnt, daß von einst 52 Schachtanlagen 31 geschlossen wurden, von 29 Kokereien 21. Das bedeutete, daß 76 000 Arbeitsplätze „abzubauen“ waren. Bis 1995 sind noch einmal 23 000 Arbeitsplätze abzubauen. Es ist niemals nur ohne weiteres „abgebaut“ worden, es sind immer offensive Strukturen angewendet worden. Das gleiche gilt auch für die Stahlindustrie. Hätten wir den Anpassungsprozeß nicht auf diese Weise begleitet, so hätten wir heute im Ruhrgebiet eine Jugendarbeitslosigkeit, die nicht bei 18 Prozent, sondern bei 30 Prozent läge. Ich will noch ein paar weitere Zahlen sagen: In den 17 Jahren, in denen das Unternehmen Ruhrkohle besteht, haben wir insgesamt 262 000 Leute entlassen, und zwar 93 000 über die Anpassung vor dem 60. Lebensjahr, 34 000 natürliche und Altersabgänge, 80 000 eigenmotivierte Abgänge, 54 000 sonstige Abgänge. In der gleichen Zeit haben wir 109 000 Arbeitsmarkteinstellungen vorgenommen. Gleichzeitig haben wir 76 000 Menschen ausgebildet. Wir haben Jahr für Jahr 4 000 bis 5 000 Menschen in die Ausbildung genommen - als größter Ausbilder der Bundesrepublik. Wir haben in diesem Jahr 1988, in dem wir vor einem neuen Anpassungskonzept stehen, wiederum 2 500 Auszubildende aufgenommen. Ist das keine Zukunftssicherung für das Revier? Wir jedenfalls wollen auch jenseits des Jahres 2000 eine entsprechend qualifizierte Belegschaft für den Bergbau haben.

Noch einmal: Wenn wir im Laufe von 20 Jahren 100 000 Arbeitsplätze haben abbauen müssen, so ist das mehr gewesen als in der gleichen Zeit in der gesamten High-tech-Industrie in der Bundesrepublik geschaffen worden sind, einschließlich Airbus. Anders gesagt: Die Ruhrkohle hat in jedem Jahr über

4 000 Arbeitsplätze abbauen müssen, das war also jährlich mehr als die Belegschaft der Max-Hütte. Daß das ohne Aufhebens gelungen ist, ist eine eminente Leistung und ein großartiger Erfolg der Mitbestimmung und dieses Reviers.

Heyme: So beeindruckend diese Zahlen auch sind, mir scheint, dem ganzen fehlt ein Kulturbewußtsein. Das unterscheidet das Ruhrgebiet sicher von Baden-Württemberg oder Bayern. Wenn zum Beispiel in Gelsenkirchen das Musiktheater, das neben dem Fußball diese Stadt nach außen am meisten repräsentiert, geschlossen werden soll, dann zeugt das von einem Mangel an politischer Kultur. Das scheint auch dieser Runde hier nicht genügend bewußt zu sein. Es geht doch nicht an, daß eine Verdummungsindustrie subventioniert wird, die die Menschen von den eigentlichen Problemen ablenkt. Notwendig wäre es vielmehr, mit Subventionen Strukturen zu erhalten, mit ihrer Hilfe die Substanz der Phantasie und des Menschlichen zu bewahren. Dieses Potential ist doch neben dem hier so viel besprochenen ökonomischen das Entscheidende. Beides hängt übrigens unmittelbar zusammen. Ich glaube daher, daß Investitionen in kritische Kunst - eine andere gibt es nicht, höchstens scheußliches Kunsthandwerk - in ihrer Bedeutung bisher nicht erkannt worden sind.

Ich bin davon überzeugt, daß die gewachsene urbane Struktur der Städte im Ruhrgebiet verloren ist, wenn sie weiter abgebaut wird. Da gibt es dann auch nichts mehr wieder aufzubauen. Was jetzt dort versäumt wird - etwa in Gelsenkirchen, in Oberhausen, in Essen -, das wird die Städte kaputt machen. Dann werden möglicherweise noch Arbeitsplätze da sein, aber die „geistige Müllabfuhr“ kann nicht mehr bewerkstelligt werden. Kunst ist mit Sozialplänen nicht wieder auf die Beine zu bekommen. Es wird dann verschwunden sein, was diese Region glücklicherweise zur Zeit noch von anderen Gebieten auf dieser Erde unterscheidet: kulturpolitische Qualität.

Wie steht es um die Beziehung zwischen Politik und Kultur im Ruhrgebiet?

Ziegler: Ich habe mit Herrn Heyme früher schon einmal über das sogenannte Kulturbanausentum des Ruhrgebiets - um es einmal überspitzt auszudrücken - gestritten. Nehmen wir das erwähnte Beispiel des Musiktheaters in Gelsenkirchen. Ich erinnere mich noch sehr genau, daß dieses Haus nach 1945 schon aufgebaut wurde, als die übrige Stadt noch in Schutt und Trümmern lag. Diese sozialdemokratisch regierte Stadt hat sich also als erstes ein Theater gebaut, und zwar eins, das noch heute den künstlerischen und technischen Erfordernissen genügt. Wenn in der frühen Zeit die Kassen für den Vorverkauf geöffnet wurden, standen die Leute Schlange -wie heute vielleicht bei einem Europameisterschafts-Fußballspiel. Noch heute werden hier im Revier 8 Theater, 80 Orchester, unzählige Chöre und 120 Museen betrieben. Aber, um sie zu gewährleisten, brauchen wir eben die ökonomischen Grundstrukturen. Als das Theater in Gelsenkirchen gebaut wurde, hatte diese Stadt noch über 400 000 Einwohner. Heute sind es nur noch 280 000. Trotz allem bin ich sicher, daß das Revier insgesamt sich den kulturellen Standard erhält, wie er bis heute von den Kommunen gewährleistet wird.



Heyme: Ich fürchte, daß das Gegenteil eintreten wird. Zwischen den Städten, die Theater betreiben und solchen, die das nicht tun, müßte das Land ausgleichen. Außerdem wäre notwendig, daß die Städte endzweckgebundene Schlüsselüberweisungen auch für die Kultur leisteten. Darin läge eine gewisse Rettungschance für die Strukturen. Ich wäre sehr dankbar dafür, wenn die bisherige Kleinlobby für die Kultur Verstärkung bekäme. Es ist sicher wahr, daß ohne die Ökonomie die Kultur nicht funktioniert, aber ebenso wahr ist, daß ohne Kultur die Ökonomie allein auch nichts ist.

Kelp: Auch diese Diskussion erweist wieder, daß Politik und Kultur ihre Legitimation letztlich aus den ökonomischen Zusammenhängen beziehen. Wenn wir den Strukturwandel ausschließlich Ökonomisch begreifen und nur versuchen, ihn sozial einigermaßen erträglich zu gestalten, dann sagt das noch nichts darüber aus, in welcher Gesellschaft wir morgen leben werden. Die Verteilungskämpfe werden härter werden, da Arbeit einfach nicht mehr für jeden ohne weiteres erreichbar ist. In vielen Bereichen wird fast ohne Menschen produziert werden. Es ist viel davon die Rede, daß mehr Dienstleistungen zu erbringen sein werden. Die Frage bleibt, wer diese Dienstleistungen bezahlen soll. Eine andere Problematik: Welche Formen von nachbarschaftlicher Sozialhilfe zum Beispiel sind durch staatliche Stimulanzien überhaupt hervorzubringen? Will man von Amts wegen weiterhin alles regulieren, was zwischen Menschen laufen soll, schiefgehen kann? Wir werden in absehbarer Zukunft mit riesigen Problemen fertig werden müssen, die wir uns dadurch schaffen, daß wir den ökonomischen Funktionsweisen ein so starkes Übergewicht einräumen. Wir werden nicht mehr in der Lage sein, den „Müll“ an menschlicher Be- und Überlastung zu beseitigen. Sind wir bereit, dem wachstumsorientierten, auf immer neue Produktion sich versteifenden Industriestaat gewissermaßen alle infrastrukturellen Werte, die erst das Humanum ausmachen, zu opfern? Wenn wir uns so entscheiden, werden wir in 20 Jahren eine Unmenge von Suchtkliniken, psychiatrischen Anstalten und Gefängnissen brauchen, weil wir dann das informelle Miteinanderumgehen nicht mehr beherrschen werden.

Die Gewerkschaften sehe ich in dieser Beziehung jetzt schon auf der Verliererseite, weil sie nicht in der Lage waren, das Mehr an Wohlstand, das sie über lange Zeit garantieren konnten, durch ein Mehr an Bewußtsein, was insbesondere heute dringend von Nöten wäre, zu begleiten. Die Regierung hat nicht vor, das zu leisten. Ihre sozialpolitischen Maßnahmen reduzieren den Schutz der Schwachen statt ihn zu stärken. Rheinhausen ist ein Beispiel dafür, daß Arbeitnehmer und Bevölkerung das so nicht mehr hinnehmen wollen. Sie erwarten auch von der Gewerkschaft - von den Kirchen etwas zu erwarten hatten sie sich abgewöhnt -, daß sie dieser sozialen Demontage widersteht. Sie wollen ihre Ziele und Wünsche autonom definieren. Und dabei könnten andere Präferenzen entstehen, als bloß mit einem passablen Sozialplan abgepeist zu werden. Insgesamt müssen Strukturen gefunden werden, die auch bessere moralische Prinzipien für das Zusammenleben bieten. Eine weitere

Zuspitzung der Leistungsgesellschaft, in der die Rivalität aller gegen alle das vorherrschende Element ist, wird das nicht hervorbringen.

Landwehrmann: Herr Ziegler hat davon gesprochen, daß im Ruhrgebiet viel geleistet worden sei, daß hier längst umstrukturiert werde. Da fragt man sich dann natürlich, warum in dieser Region gleichzeitig so geklagt wird.

Angesichts der Leistungen für die Berufsausbildung, von denen die Rede war, fällt mir der Hamburger Werftarbeiter ein, der für seinen Sohn keinen Ausbildungsplatz findet, der aber - über die Subventionen - die Ausbildungsplätze in Essen mitfinanziert. Aus diesem Blickwinkel muß man die Dinge doch auch einmal sehen. Diese zum Teil ja wirklich vorbildlichen Maßnahmen werden doch letztlich durch die Subventionen anderer finanziert. Die entscheidende Frage lautet, wie lange das politisch durchzuhalten ist. Wie lange können noch Milliarden in diese Region hineingepumpt werden, die andere sauer erarbeiten müssen? Wann sagt diese Region endlich einmal, wo es eigentlich lang gehen soll und wohin sie will? Es ist verständlich, daß eine Krise überwunden werden muß, aber es muß doch auch sichtbar werden, wie das konkret geschehen soll.

Ziegler: Von den 2 Millionen Arbeitsplätzen dieser Region sind in den letzten 20 Jahren 400 000 abgebaut worden. Was soll diese Region denn noch tun? Und was die Subventionen angeht: Der Stahl wird absolut nicht unterstützt. Wir haben hier die modernsten Stahlwerke Europas. Uns stören doch die Subventionen in Italien und in Frankreich in dieser Beziehung. Wenn man dagegen nicht politisch angeht, dann darf man sich nicht über Subventionen beklagen, die hier möglicherweise anfallen, weil man sie dort nicht bekämpft.

Rotthege: Man kann aber doch nicht sagen, daß, nur weil die anderen es auch so machen, Subventionen gerechtfertigt wären. Da treibt man doch den Teufel mit dem Beelzebub aus.

Zu Herrn Kelp möchte ich sagen, daß ich persönlich nicht zurück möchte in irgendeine Vorzeit. Für mich sind die ökonomischen Abläufe Voraussetzung dafür, daß wir ein freies gesellschaftliches System haben und sich jeder in diesem System letztlich so frei wie nur eben möglich verwirklichen und entfalten kann. Ich meine, daß die Grundvoraussetzungen dafür selten so günstig gewesen sind wie heute. Es gibt natürlich Mißstände, denen man vorbeugen und die man beseitigen muß. Aber in jedem anderen System sind die Mängel weit größer. Ich kann nicht verstehen, daß - angesichts einer so kritischen Situation dieser Region Ruhrgebiet - Maßnahmen das Wort geredet wird, die ihr eher schaden als nutzen.

Der von Herrn Stockhaus erwähnte Begriff „Investitionslenkung“ ist natürlich für jeden Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft ein Reizwort. Wenn jemand in der gegenwärtigen Situation solche Ansprüche erhebt, handelt er kurz-sichtig. Es muß doch akut praktisch etwas getan werden; theoretische Erwägungen sind zur Zeit fehl am Platz. Kapital ist ein scheues Wesen; man kann es

nicht zwingen; man kann allerdings die Standortbedingungen, die Attraktivität eines Angebots erhöhen, um Kapital anzulocken. Kommt das Kapital nicht, so müssen die Anreize geändert werden. Das ist eines der Grundprinzipien unserer freiheitlichen Ordnung. Wenn man daran etwas ändern will, muß man es klar sagen. Doch diese Politik läuft auf ein anderes politisches System hinaus. In der aktuellen Situation halte ich es für töricht, Thesen zu formulieren, die jeden potentiellen Investor abschrecken müssen. Da wird sich doch jeder sagen, daß er lieber zu Herrn Späth geht, bei dem er sich seiner Sache sicherer sein kann.

Es gibt eine Initiative von sechs Bundesländern im Bundesrat, die auf eine Entlastung der Städte von der Sozialhilfeleistung hinausläuft. Daran sieht man, daß die Probleme nicht nur auf das Ruhrgebiet beschränkt sind. Man kann gespannt darauf sein, wie die süddeutschen Länder in einigen Jahren mit der bevorstehenden Strukturkrise der Automobilindustrie fertig werden. Zur Zeit nimmt allerdings besonders hier im Ruhrgebiet die Zahl der Sozialhilfeempfänger ständig zu, in einigen Bereichen Essens sind es bereits nahezu 40 Prozent. Das ist ein bedrohliches Potential, mit dem die Städte nicht fertig werden können. Alle denkbaren Maßnahmen für diese Region werden durch diese breite Armut sehr schnell aufgezehrt werden. Drückt man sich angesichts dieser Lage um das Eingeständnis herum, daß wir hier entweder bereits eine Zwei-Drittel-Gesellschaft haben oder sie demnächst bekommen werden? Muß man sie nicht entweder verhindern oder sich damit abfinden?

Kelp: Man müßte politische Setzungen leisten, zu denen man nach meiner Auffassung zur Zeit nicht bereit ist. Die Attacke von Herrn Rotthege auf mich läßt das erkennen. Ich habe ihn so verstanden, daß die Hinnahme der Ungleichgewichte in Richtung einer Zwei-Drittel-Gesellschaft Voraussetzung dafür ist, daß das Ruhrgebiet aus seiner selbstverschuldeten Krise kommt. Anzunehmen, daß es der Weg zurück in eine Vorzeit wäre, wenn man andere Maximen verlangt als die Regelung des Marktes durch die Marktkräfte selbst, stellt die Dinge auf den Kopf. In der Steinzeit hat der Stärkere überlebt. Diese Philosophie scheint gegenwärtig wieder zu regieren. Ich finde den Wirtschaftsdarwinismus, den man heute allenthalben vorfinden kann, außerordentlich abgeschmackt. Danach müßte man etwa Rheinhausen opfern, um die sogenannten starken Standorte zu stützen. Eine Gesellschaft, in der das ökonomisch Erforderliche auch das einzig Gewollte sein darf, stelle ich mir nicht sehr attraktiv vor. Dabei würden zu viele menschliche Werte verlorengehen und zu wenige zwischenmenschliche Beziehungen überleben können. Zur Entwicklung der Zwei-Drittel-Gesellschaft gehört es, daß der soziale Konsens aufgekündigt ist. Die Reagonomics oder die englische Form der Bewältigung ökonomischer Krisen sind deshalb für Unternehmer, für Politiker im Bund und in den Ländern so interessant, weil dadurch die Marktgesetze wieder aus sich selbst ligrtimiert werden. Ich denke aber, wir sind in dieser Republik ange treten, die Marktwirtschaft sozial zu begleiten. Deshalb geht es auch nicht um irgendeine Form der Systemveränderung. Wenn Unternehmen aus ökonomi-

schen Gründen nicht mehr tun können als den Abbau von Arbeitsplätzen sozial abzufedern, dann muß auf der anderen Seite eine Politik, die diesen Namen verdient, Strukturmaßnahmen vorhalten, die dem sozialen Aspekt von Marktwirtschaft gerecht werden. Wenn das nicht möglich ist, sollte zugegeben werden, daß die soziale Marktwirtschaft als solche nicht mehr Doktrin ist. Sich nicht darum zu kümmern, daß der soziale Aspekt marktwirtschaftlichen Handelns nicht zu kurz kommt, ist das Ende der Politik. Oder es ist eine Unterwerfung unter Gesetze, die nicht politisch, sondern rein ökonomisch gesetzt sind. Beides käme einer Kapitulation gleich.

Stockhaus: Wenn der Staat nicht eingreift und das Kapital so fließen läßt, wie die Unternehmer es möchten, dann wird es nicht lange dauern, bis zunächst die Zwei-Drittel-Gesellschaft und dann anschließend das reinste Chaos in diesem Staat herrschen. Durch das egoistische Verhalten der sogenannten freien Wirtschaft könnte letztendlich sogar der Globus zerstört werden. Aber bleiben wir im Lande: Wenn in Nordrhein-Westfalen, in dieser Region Ruhrgebiet, massenweise Arbeitsplätze entfallen und die Unternehmer keine neuen schaffen, dann muß der Staat eingreifen, damit das geändert wird. Die Tarifvertragsparteien allein können das nicht schaffen. Es müssen Arbeitsplätze in *den* Regionen geschaffen werden, wo die Menschen sind. Insofern müssen auch Investitions- und Kapitalströme gelenkt werden. Da die Unternehmer das nicht erkennen können oder wollen, muß der Staat regulierend eingreifen.

Ziegler: Ich glaube nicht, daß irgendjemand gezwungen werden sollte, Investitionen in einem ganz bestimmten Bereich vorzunehmen. Allerdings gibt es im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft eine Fülle von Mechanismen der Planung, ich denke an den sozialen Wohnungsbau, an Schifffahrt usw. Es gibt keinen deutschen Unternehmer, der sich beklagen würde, wenn er eine 20prozentige Investitionszulage bekommt. Das ist selbstverständlich Investitionslenkung. Durch steuerliche Präferenzen kann ich Investitionen in ganz bestimmte Regionen oder Sektoren bringen. Es werden also Rahmenbedingungen vorgegeben, und nichts anderes verlangen wir. Ich habe bereits auf die Tatsache hingewiesen, daß wir 1980/81 gezwungen wurden, 26 neue Schächte mit einem großen Investitionsvolumen neu abzuteufen. Es war eine energiepolitische Vorgabe: Es sollten in den neunziger Jahren 90 Millionen Tonnen deutsche Kohle gefördert werden können. Alle Parteien des Deutschen Bundestages waren damals dafür. Wenn diese Vorgabe drei Jahre später ins Gegenteil verkehrt wird und einem dann vorgeworfen wird, man habe nicht rechtzeitig umstrukturiert, dann muß ich mich gegen diese Art der Darstellung entschieden wehren.

Noch einmal zu den Subventionen: Es ist unsinnig, einen Umstrukturierungsprozeß durch Subventionen aufhalten zu wollen. Aber in diesem Falle ist es doch so, daß überhaupt keine Alternative bestand. Wenn das gesamte deutsche Investitionskapital in den letzten Jahren im Ruhrgebiet konzentriert worden wäre, hätte das nicht die Arbeitsplätze ersetzen können, die hier weggefallen sind. Da gibt es doch nur die Alternative, die Strukturen insofern zu

erhalten, daß Arbeitslosigkeit nicht Existenznot bedeutet oder aber Arbeitsplätze zu erhalten, die man erhalten will. Dann müssen entsprechende Impulse in die entsprechenden Regionen gegeben werden.

Schließlich ein Wort zur moralischen Kategorie: Ein Revier, aus dem im Laufe von 80 Jahren mehrfach gewaltige Wachstumsimpulse in das gesamte Land gegangen sind, hat etwas vorzuzeigen. Noch jetzt stirbt fast in jeder Woche ein Bergmann bei seiner Arbeit. Die Zahl derer, die seit 1945 ihr Leben gelassen haben, läßt sich leicht ermitteln. Ich will damit sagen, daß diese Region, ihre Arbeiter, eine erhebliche Leistung vollbracht haben und vollbringen. Gibt es für solche Wachstumsimpulse und für solche Leistungen nicht so etwas wie eine Rentabilität? Hat diese Region nicht die Rente verdient, mit der sie ihren Umstrukturierungsprozeß schaffen kann? In ein paar Jahren, wenn aus der Automobilindustrie nicht mehr die gleichen Wachstumsimpulse kommen werden wie bisher, wird die Region Baden-Württemberg in einer ähnlichen Situation sein. Wenn der Weg in eine nachindustrielle Gesellschaft gelingen soll, dann müssen auch Regionen füreinander eintreten.

Landwehrmann: Aber müßte nicht endlich gesagt werden, wie dieser Umstrukturierungsprozeß praktisch aussehen soll? Ich kenne keine Planungen dafür.

Ziegler: Diese Region macht seit mehr als 10 Jahren eine Überlebensplanung, mehr nicht. Dazu verlange ich allerdings staatliche Rahmenvorgaben.

Ein Wort zur Zwei-Drittel-Gesellschaft: Arbeitslosigkeit ist mit unserem ökonomischen System verbunden. Wenn sich die Form der arbeitsteiligen Arbeit ändert, könnte ich mir durchaus vorstellen, daß das Problem der Arbeitslosigkeit anders gesehen wird. Bestimmte Arbeiten werden ja heute gegen Entgelt geleistet, andere werden nicht entgolten. Mit diesem Problem werden wir zunehmend konfrontiert werden. Die Frage ist, ob sich unsere Gesellschaft in dieser Beziehung weiterentwickelt. Nach allem, was wir bisher wissen, wird dieser Prozeß nicht schmerz- und konfliktlos verlaufen.